

immer sei, und sind der Meinung, daß die Verwirklichung dieser Pläne die Sicherheit der europäischen Völker und den Frieden in der ganzen Welt ernst bedrohen würde.

Beide Seiten stimmten überein, daß der Frieden und die Sicherheit in Europa nur gewährleistet werden können, wenn von den bestehenden Verhältnissen in Europa und von der Realität der Existenz zweier souveräner deutscher Staaten mit unterschiedlichen gesellschaftlichen und politischen Systemen ausgegangen wird. Das ist eine wichtige Voraussetzung für eine friedliche Verständigung und schrittweise Annäherung der beiden deutschen Staaten.

Beide Seiten haben ebenfalls die Notwendigkeit der Normalisierung der Lage in Westberlin hervorgehoben. Es wurde gleichfalls betont, daß die Versuche zur Ignorierung und Isolierung der Deutschen Demokratischen Republik unreal und schädlich sind. In Zusammenhang damit wird die Hallstein-Doktrin als Politik des Drucks und der Erpressung in den internationalen Beziehungen verurteilt.

Der Vorsitzende des Staatsrates, Walter Ulbricht, und der Präsident, Josip Broz Tito, äußerten ernste Besorgnis hinsichtlich der Fortsetzung des Wettrüstens, welches den Frieden und die Sicherheit der Völker immer mehr bedroht.

Zur Sicherung des Weltfriedens ist die allgemeine und vollständige Abrüstung eine unerläßliche Notwendigkeit. Daher sind neue, größere Anstrengungen aller Völker zur Erreichung dieses Zieles erforderlich. Eine Weltabrüstungskonferenz, wie sie von der Kairoer Konferenz der nichtpaktgebundenen Staaten gefordert wurde, könnte dem Erreichen dieses Zieles wertvolle Impulse verleihen. Die Deutsche Demokratische Republik und die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien begrüßen ebenfalls die Einberufung der Tagung der Abrüstungskommission der Vereinten Nationen. Beide Seiten stimmen darin überein, daß auch Teilschritte zur Abrüstung und Entspannung von Bedeutung für den Weltfrieden sind und die allgemeine und vollständige Abrüstung erleichtern könnten. Als solche Schritte betrachten sie das Verbot der Weiterverbreitung von Kernwaffen und die Schaffung kernwaffenfreier Zonen, besonders in Mitteleuropa und anderen Teilen der Welt.

Der Vorsitzende des Staatsrates, Walter Ulbricht, und der Präsident, Josip Broz Tito, brachten ihre Solidarität und volle Unterstützung des nationalen Befreiungskampfes der Völker Afrikas und Asiens zum Ausdruck und hoben hervor, daß der Kampf gegen den Kolonialismus und